Der Bremser

Journal 04/07/12

EU-Energiekommissar Günther Oettinger hält an Atomkraft fest

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland findet laut EU-Energiekommissar Günther Oettinger „im Schweinsgalopp" statt.

„Wir brauchen mehr Industrie", erklärte er am Montag in der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg. In der Energiewende sieht er die Gefahr einer Deindustrialisierung Europas. Auch seine CO2-Strategie müsse Europa überprüfen. Der oberste Energiepolitiker Europas zeichnet die Gefahr an die Wand, dass die Energiewende zum Abwandern von Unternehmen führt. Die derzeitige Re-Industrialisierung der USA drohe zu Lasten Europas stattzufinden.

Gefährdet die Energiewende die Industrialisierung?

2000-2010 sei die industrielle Wertschöpfung in Europa von 22 auf 18% gesunken; nur die Niederlande, Deutschland und Österreich hätten ihr Niveau halten und damit ihren Arbeitsmarkt stabil halten können.

Die Grundlage für industrielles Wachstum, das Europa dringend brauche, sei aber Energie. Heute sei der Kontinent zu 55% abhängig von Energieimporten, und diese Abhängigkeit nehme zu. Oettinger warnt davor, eine solche Abhängigkeit könne leicht zu Erpressbarkeit werden. Gleichwohl stellt er sich vor, Solarstrom aus Tunesien und Marokko liefern zu lassen und fordert die EU-Staaten dazu auf, anlehnend an die Lehren, die man aus der Ölkrise in den 1970ern gezogen hatte, Gasreserven für 30 Tage anzulegen. Milan Nitzschke, Unternehmenssprecher von SolarWorld, findet das zwar nicht grundsätzlich verkehrt, da der Transformationsprozess hin zu erneuerbaren Energien noch einen Rückgriff auf Öl und Gas bis vielleicht 2040 sinnvoll erscheinen lässt. Er wirft indes Oettinger vor, noch in alten Kategorien zu denken. Einige Politiker wollten offensichtlich nicht, dass dezentral jeder unabhängig seinen Strom produzieren könne.

Warnt vor einer drohenden Deindustrialisierung Europas: Günther Oettinger
Photo: F. Aussems

Um eine carbonfreie Zukunft zu erreichen, dazu kann auch die Kernkraft dienen. Russland baut bei Kaliningrad ein Atomkraftwerk, um von dort aus Europa zu beliefern. Als Grundsicherung der Stromversorgung befürwortet nicht nur Frankreich die Atomkraft. Heute hat die EU 140 Atomkraftwerke. Wenn Deutschland ausgestiegen sein wird, könnte Polen damit anfangen.

Da man auch in Luxemburg spätestens seit Fukushima sensibilisiert ist, werden bei den europäischen Atomkraftwerken Stresstests durchgeführt. Allerdings passierten einst auch jene Banken, die heute gerettet werden müssen, ihren Stresstest. Für den Atommüll, den ein Kernkraftwerk produziert, hat bislang niemand eine Lösung.

Was wäre, wenn man Strom effektiv längerfristig speichern könnte? Der EU-Energiekommissar: „Sobald man Strom speichern kann, haben die Erneuerbaren gewonnen."

Das kann, so die Wissenschaft, in 10 bis 15 Jahren der Fall sein.

› Marco Meng

Evolution du PIB au 1er trimestre

Zéro croissance

L'économie luxembourgeoise peine beaucoup à redémarrer: selon la première estimation du Statec sur l'évolution du Produit Intérieur Brut (PIB) au 1er trimestre de l'année publiée hier, la croissance a été de -1,5% en comparaison avec le dernier trimestre 2011 et de zéro par rapport au 1er trimestre 2011. Le Statec a également révisé les évolutions du PIB en volume pour les trois derniers trimestres de l'année passée: +1% au lieu de 0,8% pour le quatrième trimestre et +1,9% au lieu de +2,5% pour le troisième trimestre. Concernant l'évolution du deuxième trimestre, elle reste inchangée à +0,7%.

Finances et industrie à la peine

L'évolution de la valeur ajoutée est très différente par branche de production. Les services financiers sont encore et toujours à la peine: ainsi, la valeur ajoutée de cette branche a baissée de 7,6% par rapport au trimestre précédent. La valeur ajoutée dans ce secteur pilier de l'économie luxembourgeoise se trouvait en recul durant toute l'année 2011. En comparant le 1er trimestre 2012 au 1er de l'année dernière la valeur ajoutée dans le secteur financier affiche une baisse de 11,7%.

L'industrie semble aller un peu mieux: alors que la valeur ajoutée dans ce secteur a été en recul constant en 2011, une hausse de 3,3% a été enregistrée au 1er trimestre 2012 par rapport au trimestre précédent (qui avait été en recul de 5,4% par rapport au troisième trimestre 2011). En comparaison annuelle, la baisse de la valeur ajoutée affiche 3,1%.

Recul aussi au niveau de la dépense de consommation finale des ménages: elle a reculé de 0,7% (+1% en comparaison annuelle) alors que la dépense des administrations a baissé de 1,3% (+1,2% en comparaison annuelle).

EU-Kommissar Oettinger: „Aus Abhängigkeit wird schnell Erpressbarkeit“

Die europäische Energiepolitik stand bei der letzten Bridge-Forum-Dialogue-Konferenz im Mittelpunkt

VON RONNY WOLFF

Die Energiepolitik in Europa ist ein komplexes Thema, das zugleich von nationalen und transnationalen Regelungen beeinflusst wird. EU-Kommissar Günther Oettinger hat am Montagabend bei einer Konferenz des Bridge Forum Dialogue seine Sicht der Dinge präsentiert. Rund 300 Gäste kamen für den deutschen Politiker, der seit 2010 EU-Energiekommissar ist, in die Hallen der Europäischen Investitionsbank. Das Bridge Forum Dialogue will eine interdisziplinarische Diskussionsplattform sein, und die Organisation wird unter anderem von Yves Mersch (Präsident) und Werner Hoyer (Vizepräsident) geleitet.

„Europa ist das Sorgenkind der Welt“, moniert Oettinger gleich zu Beginn. Um wachsen zu können, brauche Europa wieder mehr Industrie, betont er. Industrie kann zu weiterem Wachstum führen, das für die Reduzierung der Defizite notwendig ist. Aber dafür braucht es mehr Energie. Die Industrie verbraucht rund 40 Prozent der gesamten Energie in der EU. 30 Prozent nutzen die Haushalte. Der Rest wird vor allem durch Bahnverkehr, Dienstleistungsunternehmen, öffentliche Institutionen oder Krankenhäuser verbraucht.

Die Vorkommen nehmen ab, aber der Verbrauch nimmt weiter zu. Dementsprechend wird immer mehr importiert. Heute beträgt der Anteil von außereuropäischen Quellen schon 55 Prozent und die Abhängigkeit wird in den nächsten Jahren auf 70 Prozent ansteigen. Aber, „aus Abhängigkeit wird schnell Erpressbarkeit“. Den europäischen Ländern fehlt es jedoch an Koordination in Sachen Energiepolitik. „Wir brauchen eine gemeinsame Energiestrategie“, so der Energiekommissar.

Welche Technologie genutzt wird, ist jedem Land überlassen, und das wird auch so bleiben. Währenddem einige Länder den Atomausstieg üben, investieren andere kräftig in diese Technologie. Auch wenn Deutschland seine Atomkraftwerke ausschaltet, bleiben noch immer 140 in ganz Europa bestehen. Im grünen Bereich investieren dagegen mehrere Länder im „Schweinsgalopp“, währenddem die Bemühungen anderer gegen „null“ tendieren.

Er warnt aber vor zu viel Vertrauen in erneuerbare Energie. Die Versorgung kann nicht mehr gesichert werden, wenn der Energiemix zu sehr auf grüne Ressourcen aufgebaut ist. Er sei selbst ein Befürworter von Wüstenstrom, aber Energie wird immer gebraucht, „nicht nur wenn die Sonne scheint, oder wenn der Wind bläst“. Vor allem Strom sei problematisch, weil er sich noch nicht speichern lasse. Daran werde zwar weltweit eifrig geforscht, aber eine Lösung sei noch eine Dekade oder zwei entfernt, glauben Wissenschaftler.

Bridge-Forum-Dialogue-Vizepräsident *Werner Hoyer und Präsident Yves Mersch mit EU-Kommissar Günther Oettinger (v.r.n.l.).* (FOTO: ANOUK ANTONY)

Im Fall der CO_2-Strategie wird Europa wohl umdenken müssen, meint Oettinger. Der Kontinent ist nur für 15 Prozent des Ausstoßes verantwortlich, und anstatt flexibler mit den USA und China zusammenzuarbeiten (die 45 Prozent des Ausstoßes ausmachen), isoliere sich Europa zusehends, z.B. mit Emissionsrechten. „Europa löst das Problem aber nicht allein“.

Konsument kann noch viel dazulernen

Der Konsument kann noch viel dazulernen, wenn es um Energieverbrauch geht. Im Automobilbereich sei jeder auf Effizienz bedacht, und da wisse die Öffentlichkeit auch immer besser Bescheid, so Oettinger. Zu Hause wisse aber kaum jemand wie viel Energie er verbrauche, oder wie umweltbelastend alte Haushaltsgeräte sind. Neue Kühlschränke z.B. nutzen aber nur noch 30 Prozent der Energie, als Modelle die zehn Jahre alt sind.

„Die Stromrechnung hält uns dumm“, betont Oettinger. Die Entwicklung von Smartgrids und Smartmeters, um detaillierte Rechnungen zu ermöglichen, wird demnach immer wichtiger.

Europa verliert auch gegenüber den USA an Boden. Die Amerikaner hätten mit Schiefergas und Tiefseebohrungen einen Weg eingeschlagen, der es ihnen ermöglicht, weniger abhängig zu sein und die Energie wieder billiger anzubieten. Europa habe dagegen gleich Schiefergasausbeutung verboten. Aber Energie wird in unseren Gefilden immer teurer. Dies vergrätzt nicht nur Investoren, es wird auch immer mehr zu einem Problem für die Verbraucher. Idealismus und Ideologie dürfen nicht die Energiepolitik bestimmen, denn die USA hätten eine Reindustrialisierung auf Kosten Europas vor, so Oettinger.

Die Kooperation wird in Europa immer wichtiger, und Projekt Bonds der EIB können ein wichtiger erster Schritt für neue Pläne werden. Er wünscht sich auch punktuelle Investitionen und Hilfen seitens der Staaten in die Infrastruktur und in moderne Energieprojekte.

Christian Muller

Günther Oettinger war am Montagabend Gastredner einer „Bridge Forum Dialogue"-Konferenz in der Europäischen Investitionsbank auf dem Kirchberg. Zu diesem Anlass hat sich das *Tageblatt* mit dem heutigen EU-Energiekommissar und früheren Ministerpräsidenten Baden-Württembergs über die Themen Energie und Europa unterhalten.

Tageblatt: Europa ist, was Energie angeht, vom Ausland abhängig, und muss teuer dafür bezahlen. Warum investiert Europa nicht stärker in Energieeffizienz?

Günther Oettinger: „Energieeffizienz spielt eine wichtige Rolle in unserer Energie-Strategie. Ich glaube, die neue Energieeffizienzrichtlinie ist ein Meilenstein für Europa. Darin schreiben wir zum ersten Mal bindende Effizienzmaßnahmen vor, die von jedem Mitgliedsstaat umgesetzt werden müssen.

Die großen Verbraucher, namentlich die Industrie, müssen bereits hohe Preise für Strom, Öl und Gas zahlen. Sie sind höher als in den USA, oder in anderen Ländern, mit denen wir im Wettbewerb stehen. Demnach haben die Firmen schon ein betriebswirtschaftliches Interesse daran, effizient zu produzieren.

Diese marktwirtschaftlichen Anreize, gekoppelt an die gesetzlichen Vorgaben, sind eine gute Mischung. Sie machen Europa zu einem weltweiten Vorreiter in Sachen Energieeffizienz."

„T": Doch, warum investiert die EU nicht deutlich mehr Geld in den Bau von neuen Werken und Netzen? Das würde in Südeuropa wie ein Konjunkturprogramm wirken, Europa müsste weniger importieren – und die Umwelt würde sich bedanken.

G.O.: „Im gesamten Sektor hat Europa einen erheblichen Investitionsnachholbedarf. Das fängt bei Energieforschung an, geht über neue Produktionseinheiten bis hin zu Speichertechnologien und -kapazitäten. Und in der Tat ist auch Bedarf bei Stromnetzen, Gaspipelines und bei Investitionen in energiesparende Technologien vorhanden. Zudem brauchen wir eine neue Generation von smart grids und smart meters, damit der Verbraucher kompetenter agieren kann.

Die Grundlage, um das umzusetzen, ist Planungssicherheit für die Investoren. Deswegen haben wir jetzt auch die Debatte angestoßen, wie unser Energie-Mix in 2030 und selbst in 2050 aussehen könnte.

Hinzu kommt, dass der europäische Haushalt 2014-2020 einen Schwerpunkt im Bereich der Energieforschung und der Kofinanzierung von Energie-Infrastrukturprojekten und Effizienzinvestitionen in Gebäuden vorsieht.

Und mit den neuen Projektbonds – aus dem kürzlich beschlossenen Wachstumspaket – haben wir auch eine intelligente Art der Finanzierung. Das wird – über die in Luxemburg beheimatete Europäische Investitionsbank – Kofinanzierungen und die Übernahme von Garantien ermöglichen."

„T": Warum gibt es noch keine echten paneuropäischen Stromnetze? Bis wann sollen die gebaut werden?

G.O.: „Unsere europäischen Netze sind regional aufgebaut. Da ist das Kraftwerk am Fluss – egal ob Kohle oder Kernkraftwerk (der Fluss als Kühlelement) und dann das Netz in der Region bis hin zur Industrie.

Das Netz der Zukunft aber muss paneuropäisch sein und über Interkonnektoren zwischen den Mitgliedsstaaten verfügen. Nur so kann sichergestellt werden, dass man über die nationalen Grenzen hinweg genügend Strom transportieren kann. Nur so entsteht ein Strom-Binnenmarkt.

Und für diese Infrastruktur haben wir klare Planungen. Es gilt, sie in den nächsten zehn bis 15 Jahren zu realisieren."

„T": Damit die Energiepreise nicht zu sehr in die Höhe schießen, empfehlen Sie, die Förderung – etwa für Solarstrom in Deutschland – zu kürzen. Wie lange sollen neue Technologien gefördert werden?

G.O.: „Gerade die erneuerbaren Energien benötigen für die Markteinführung eine Anschubfinanzierung. Und, die muss garantiert sein, darf nicht rückwirkend verändert werden þ sonst entsteht kein Vertrauen bei den Investoren.

Aber, für jede Beihilfe muss gelten, dass sie eines Tages ausläuft. Einige Staaten haben für erneuerbare Energien 20 Jahre (und mehr) Förderung vorgesehen. Das halte ich für die absolute Obergrenze. Aber umgekehrt muss es auch eine Mindestgrenze von einigen Jahren geben, wenn ein Investor die Finanzierung hinbekommen soll.

Und wünschenswert ist es, wenn die Höhe der Förderung nicht gleich bleibt, sondern wenn sie in Stufen sinkt. Das heißt, die neue Technologie Schritt für Schritt an den Wettbewerb heranzuführen."

EU-Energiekommissar Günther Oettinger: „Im gesamten Energiesektor hat Europa einen erheblichen Investitionsnachholbedarf"

„T": Ist Strom/Energie ein Menschenrecht? Hat jeder ein Recht darauf, auch wenn er kein Geld hat?

G.O.: „Strom ist ein Grundbedarfsmittel wie Brot und Wasser. Deswegen muss jeder europäische Bürger Zugang zu Strom haben. Deswegen arbeiten wir auch in UN-Einrichtungen aktiv mit, damit Strom allen Menschen weltweit – gerade auch in Afrika – in den nächsten Jahren bereitsteht.

Zudem gehört Strom, wie Wärme, Wohnung und Nahrung, zu den Grundleistungen der öffentlichen Sozialleistungen der Mitgliedsstaaten für bedürftige Menschen. Strom ist ein Grundelement eines menschenwürdigen Lebens."

> „Es zeigt sich, dass ein neues Kernkraftwerk (...) keine besonders kostengünstige Technik ist"
> Günther Oettinger

„T": Was ist die Wahrheit? Wie teuer ist Atomstrom – verglichen mit anderen Arten der Herstellung – und was ist da mit eingerechnet?

G.O.: „Eine Vollkostenrechnung zu erstellen, ist enorm schwierig. Wir sind ja auch im Stromsektor aktiv dabei, einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen und öffentliche Beihilfen kritisch zu würdigen. Aber klar ist, man kann nicht mehr direkte oder indirekte Beihilfen aus den Jahren 1970 oder 1980 aktivieren.

Umso mehr ist es wichtig, dass wir für die Zukunft jede Investition im Energiebereich und jedes neue Kraftwerk umfassend analysieren, um zu einer Vollkostenrechnung mit Transparenz zu kommen. Und dann zeigt sich, dass ein neues Kernkraftwerk – wenn man auch die Rückstellungen für den Rückbau in 50 Jahren und für die Einlagerung von nuklearen Abfällen mit einbezieht – keine besonders kostengünstige Technik ist."

„T": Mit wie viel Geld wird Atomkraft derzeit in der EU gefördert?

G.O.: „Es gibt keine Direktförderung der Produktion aus dem europäischen Haushalt. Wir haben einige Forschungsprojekte. Da liegt der Schwerpunkt auf der sicheren und technisch hochwertigen Einlagerung von nuklearen Abfällen. Ansonsten fördern wir, mit ITER, die Kernfusion – d.h. das Gegenteil der Kernspaltung – in einem von der EU-Kommission angeführten weltweiten Forschungsprojekt."

„T": Wenn der schlimmste aller Fälle in Cattenom eintreten würde ... Luxemburg wäre pleite ... Wer würde die Rechnung bezahlen?

G.O.: „Wie bei allen industriellen Anlagen gibt es eine Haftung des Betreibers. Das gilt für eine Chemiefabrik, ein Schwertransport auf der Autobahn – und das gilt auch für Kernkraftwerke. Aber wir haben in Europa unterschiedliche Versicherungspflichten und unterschiedliche Haftungen.

Wir werden in wenigen Monaten unseren Vorschlag für eine Weiterentwicklung der Direktive über nukleare Sicherheit vorbringen. Bei der wird das Thema Haftung eine Rolle spielen. Wie das konkret aussehen soll, wird intern noch diskutiert."

„T": Wird Deutschland schnell genug sein, um die geplante Energiewende zu vollziehen?

G.O.: „Die Abschaltung der noch aktiven neun Kernkraftwerke wird mit Sicherheit 'just in time' vollzogen, aber der Wechsel hin zu einem neuen Energie-Mix ist sehr ehrgeizig. Möglicherweise muss Deutschland einige Kohlekraftwerke länger am Netz halten müssen als geplant, und Strommengen aus EU-Nachbarländern importieren – aber das ist in einem Binnenmarkt nichts Außergewöhnliches."

„T": Themenwechsel: Wie wird die Eurozone in Zukunft aussehen?

G.O.: „Ich hoffe, es gibt 17 Mitgliedsstaaten. Und ich gehe davon aus, dass in diesem Jahrzehnt noch weitere Mitgliedstaaten hinzukommen. Wenn weitere Länder die Voraussetzungen erfüllen und den Beitritt realisieren, dann wäre das ein wichtiges Zeichen, dass der Euro lebt und eine der ganz starken Weltwährungen ist. Wir tun alles, damit der Euro lebendig aus der Krise kommt und ein attraktives Angebot für weitere EU-Länder bleibt."

„T": Wie viele Gipfel brauchen wir noch, ehe in Europa wieder Ruhe eintritt?

G.O.: „Die Staatsschuldenkrise wird nicht in wenigen Monaten bewältigt sein. Ich glaube, dass uns das Thema noch eine ganze Zeit beschäftigen wird – allerdings wird es immer mehr positive Meldungen geben: Irland ist auf gutem Wege, Portugal auch. Ich traue auch Italien zu, aus den Schlagzeilen herauszukommen. Und Spanien hat erhebliche Reformen hinter sich, d.h. das Thema wird bleiben, aber die Botschaften werden zunehmend besser werden."

„T": Und ganz nebenbei: Ist es wahr, dass sich die vorherige Kommission bei der Abschaffung der Glühbirne hat fehlleiten lassen? Etwas Strom gespart, aber Quecksilber in jedem Haushalt ...

G.O.: „Wir haben das Thema von verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen genau prüfen lassen. Und die neue Generation von Beleuchtungskörpern bietet viele Vorteile, unter anderem eine längere Lebenszeit als Glühbirnen und viel weniger Stromverbrauch. Es gibt heute viel mehr alternative Technologien und Sparbirnen auf dem Markt.

Und die Quecksilberfrage haben wir intensiv geprüft: Wir können unseren Bürgern versichern, dass hier keine nennenswerten Risiken bestehen."

Tageblatt 04.07.12

Quand énergie rime avec croissance

Selon le commissaire européen à l'Énergie, Günther Hermann Oettinger, la (ré)industrialisation de l'Europe passe par une politique énergétique ambitieuse.

Günther Hermann Oettinger était l'invité, lundi, du Bridge Forum Dialogue. Lors d'une conférence organisée à la Banque européenne d'investissement (BEI), il a présenté sa stratégie en matière énergétique.

De notre journaliste
Olivier Landini

Le Bridge Forum Dialogue, présidé par le gouverneur de la Banque centrale du Luxembourg, Yves Mersch, poursuit décidément ses réflexions sur les questions énergétiques. Après la venue, l'année dernière, du directeur exécutif de l'Agence internationale de l'énergie, Nobuo Tanaka, il recevait, lundi, le commisssaire européen à l'Énergie, Günther Hermann Oettinger, qui a dressé, lors d'une conférence qui s'est tenue dans l'enceinte de la BEI, les grandes lignes de sa stratégie.

Dans son introduction, le commissaire a notamment estimé que les questions énergétiques étaient centrales d'un point de vue économique. Ainsi, le salut de l'Europe passerait selon lui par une politique de (ré)industrialisation qui, elle, serait largement dépendante de la politique énergétique qui sera menée ces prochaines années.

Efficacité énergétique : selon Günther Hermann Oettinger, si certaines entreprises consomment aujourd'hui «très efficacement», on ne pourrait pas en dire autant du reste de la société. Le commissaire fait là notamment référence aux vieux bâtiments qui gaspillent beaucoup d'énergie, mais également au manque d'informations dont disposent les citoyens sur leur consommation. La directive européenne qui se fixe comme objectif une réduction de 20 % de la consommation d'énergie devrait apporter quelques pistes à ce niveau, estime-t-il.

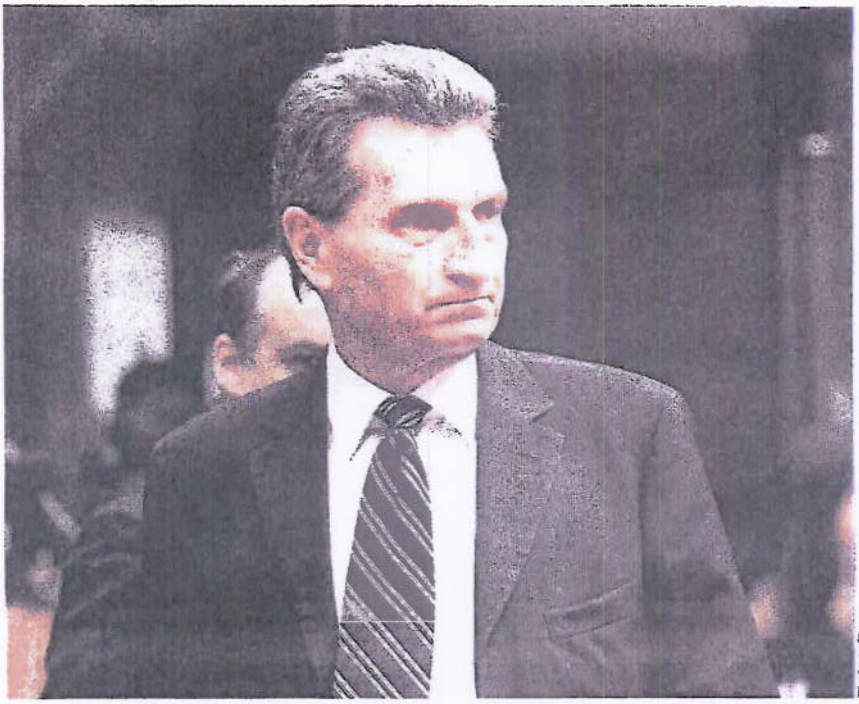

Photo : afp

Selon Günther Hermann Oettinger, le prix de l'énergie jouera un rôle décisif.

Le nucléaire : une nécessité

Sécurité : «La sortie du nucléaire est compréhensible, mais est-elle nécessaire?», lance Günther Hermann Oettinger qui rappelle au passage la dépendance de l'Europe en matière d'énergie fossile. L'Europe ne pourrait selon lui pas vraiment se passer du nucléaire, si elle envisage véritablement de devenir moins dépendante de pays tiers qui sont comme il le rappelle également loin d'être des modèles de démocratie. Selon le commissaire, l'objectif en matière de nucléaire doit consister dans la mise en œuvre de standards élevés de sécurité.

Protection du climat : «Nous visons une "décarbonisation" de l'industrie», annonce Günther Hermann Oettinger. Mais il fait remarquer que l'Europe ne pourra pas résoudre à elle seule le problème du changement climatique. Il plaide dans ce contexte pour une UE solidaire sur cette question qui parlerait d'une seule voix face aux grandes nations de ce monde. Le commissaire plaide également pour un large débat européen sur cette question.

Sûreté de l'approvisionnement : le commissaire explique que l'UE tente au maximum de diversifier les sources d'approvisionnement. Il indique dans ce contexte qu'au niveau du gaz un nouveau «corridor historique» devrait d'ailleurs s'ouvrir à l'horizon 2018, reliant l'Europe à l'Azerbaïdjan. Mais il explique également que le défi du futur sera celui de l'électricité dont la consommation, contrairement aux autres énergies, continue d'augmenter. Or, l'électricité se stocke très difficilement.

Accessibilité : en matière de (ré)industrialisation, le prix de l'énergie jouera sans aucun doute un rôle décisif. Le commissaire montre notamment comment le secteur automobile souffre à ce niveau de la concurrence qui fait que les constructeurs français, italiens et allemands se retrouvent quasiment contraints à délocaliser en raison du prix élevé de l'énergie. «Nous avons besoin d'une stratégie énergétique commune», conclut-il.

Petite notice biographique

Né en 1953, Günther Hermann Oettinger est commissaire européen à l'Énergie depuis novembre 2009. De 2005 à 2009, il a occupé le poste de ministre-président du Bade-Wurtemberg, à la tête d'une coalition noire-jaune. Diplômé en droit et en sciences économiques, il a travaillé comme associé de recherche au sein de l'université de Tübingen avant d'exercer la profession d'expert-comptable, puis celle d'avocat.